

Nr. 14

8. April 2021

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Forderung an Kultusminister:

[Kein Präsenzunterricht ohne Corona-Test](#)

Tarifvertrag soll mit Leben gefüllt werden

[Autobahn GmbH des Bundes: dbb im Fachgespräch mit dem Arbeitgeber](#)

dbb frauen

[Bundesfrauenkongress zur „Frauenpolitik gestern, heute, morgen“](#)

dbb senioren

[Tag der älteren Generation: Zusammenhalt braucht flexible Zukunftskonzepte](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Berlin

[Becker: Senat verbreitet Chaos im öffentlichen Dienst](#)

Bremen

[Fachkräftemangel bei Polizei und an Schulen](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Akzeptanz für Corona-Regeln schwindet – Polizeieinsätze werden gefährlicher](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Gesundheitsfachkräfte an Schulen sollen Bildung und Gesundheit fördern](#)

Deutscher Philologenverband (DPhV)

[Voraussetzungen für sichere Abiturprüfungen schaffen](#)

Deutschen Realschullehrerverbands (VDR)

[Corona: Konsequentes Handeln an Schulen gefordert](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Forderung an Kultusminister: Kein Präsenzunterricht ohne Corona-Test

Der dbb hat die Kultusminister der Länder aufgefordert, eindeutige Regelungen für den Schulbetrieb zu treffen, um eine weitere Zuspitzung der Corona-Pandemie zu vermeiden.

„Von der Kultusministerkonferenz fordern wir klare Entscheidungen: Wenn die Schulen in der dritten Welle geöffnet sein sollen, müssen die Lehrkräfte auch geimpft und die Schülerinnen und Schüler getestet werden“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach der Deutschen Presse-Agentur (dpa) am 8. April 2021 in Berlin. An diesem Donnerstag beraten die Kultusminister der Länder über das weitere Vorgehen an den Schulen nach den Osterferien.

Silberbach sagte: „Wer nicht getestet werden kann oder will, muss vom Präsenzunterricht ausgeschlossen werden. Andernfalls setzen wir alle Beteiligten einem zu großen Risiko aus, und die Infektionszahlen drohen nach den Osterferien zu explodieren.“ Laut den jüngsten Lageberichten des Robert Koch-Instituts (RKI)

spielen die Schulen eine wachsende Rolle bei der Viruszirkulation in Deutschland.

In der Debatte um das anstehende Abitur mitten in der Corona-Pandemie rief Silberbach die Länder zu Flexibilität auf: „Schülerinnen und Schüler müssen die Möglichkeit haben, ihr Abitur abzulegen. Sie dürfen nicht als Corona-Verlierer abgestempelt werden.“ Die Lehrkräfte seien in der Lage, ihre Schülerinnen und Schüler auch ohne Präsenzunterricht zu beurteilen, wenn es anders nicht gehe.

Silberbach betonte grundsätzlich: „Wenn wir in der Lage wären, durchgängig gute digitale Bildung anzubieten, bräuchten wir Kunstgriffe wie ‚Hybridunterricht‘ nicht. Andere Länder haben auch Lernplattformen, die nicht immer wieder zusammenbrechen, und eingespielte Formen digitaler Schule für alle.“

Tarifvertrag soll mit Leben gefüllt werden Autobahn GmbH des Bundes: dbb im Fachgespräch mit dem Arbeitgeber

Bereits im Herbst 2019 haben der dbb und die Autobahn GmbH des Bundes einen Tarifvertrag (TV) für die mittlerweile 10 000 Beschäftigten des Unternehmens unterzeichnet. Dieser müsse aber weiter mit Leben gefüllt werden, mahnte dbb Tarifchef Volker Geyer bei einem Treffen mit Gunther Adler, dem Geschäftsführer Personal der Autobahn GmbH, am 31. März 2021.

„Vor ziemlich genau anderthalb Jahren haben wir den Kolleginnen und Kollegen ‚Verlässlichkeit, Schutz und viel Perspektive!‘ versprochen. Mit dem TV Autobahn haben wir das Versprechen damals eingelöst“, so Geyer. Dieser müsse jetzt aber flächendeckend vor Ort konkret gelebt und angewandt werden. Hermann-Josef Siebigtheroth, Chef der VDStr.-Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten im dbb, der ebenfalls an dem Treffen teilnahm, ergänzte: „Genau darüber wachen wir und unsere Betriebsräte vor Ort mit viel Einsatz.“

Doch der Teufel stecke dabei wie so oft oftmals im Detail, erklärten die Gewerkschafter. So stammen etwa die über 10 000 Beschäftigten, die jetzt in zehn Niederlassungen arbeiten, aus allen sechzehn Bundesländern. Aus dem Zusammenwachsen dieser unterschiedlichen Traditionen und Tarifrechte ergäben sich viele

der aktuellen Probleme. Besonders deutlich werde das beim Thema „Zulage Gefahrenraum Autobahn“: Der Arbeitgeber habe die Notwendigkeit erkannt, dass die an sich eindeutige Regelung einheitlich in der gesamten Autobahn GmbH angewandt werden müsse. Deshalb werde er dazu eine mit dem Übergangsbetriebsrat abgestimmte klarstellende Anweisung herausgeben. So soll zukünftig sichergestellt werden, dass bundesweit das gleiche Recht und die gleiche Definition gilt.

Ähnlich verhalte es sich mit der Eingruppierung. So würden die gleiche Tätigkeit und der gleiche Titel derzeit nicht bundesweit zur gleichen Eingruppierung führen. Aus Sicht des dbb sei deshalb eine einheitliche Arbeitsplatzbeschreibung beziehungsweise Tätigkeitsdarstellung für jeden einzelnen Arbeitsplatz unabdingbar, um Unzufriedenheit bei den Beschäftigten zu verhindern. Adler sagt diesbezüglich

zu, beim nächsten Gespräch einen konkreten Fahrplan für diese Vereinheitlichung zu präsentieren.

Geyer und Siebigeroth erklärten weiter, dass die neue Autobahn GmbH ihre erste Bewährungsprobe in diesem Winter gut bewältigt habe. Insbesondere, weil die Kolleginnen und Kollegen ihre berechtigten Urlaubswünsche zurückgestellt hätten. Dies sei ein Beleg dafür, dass der „erfolgreiche Betriebsstart“, von dem die Autobahn GmbH auf ihrer Homepage schwärme, vor allem den Beschäftigten zu verdanken sei. Auch viele andere Probleme hätten sie mit ihrem großen Engagement kompensiert. Aus Sicht des dbb sei es auch deshalb

unerlässlich, dass sich der Arbeitgeber jetzt zeitnah mit dem Übergangsbetriebsrat berate, wie die aktuell geltenden Regelungen zur Übertragung von Urlaub auch für die nächsten Jahre sinnvoll und zur Zufriedenheit aller angewandt werden.

Beide Seiten waren sich einig, dass eine schnelle und offene Kommunikation zwischen Arbeitgeber, Gewerkschaft, Betriebsrat und Beschäftigten unerlässlich ist, um dauerhaft erfolgreich zu sein und ein Gemeinschaftsgefühl wachsen zu lassen. In diesem Sinne wurden noch weitere Themen angesprochen, die bei einem nächsten Gesprächstermin im Mai konkretisiert werden sollen.

dbb frauen

Bundesfrauenkongress zur „Frauenpolitik gestern, heute, morgen“

Die Corona-Pandemie macht es nötig, die Digitalisierung möglich: Der dbb bundesfrauenkongress unter dem Motto „Zurück in die Zukunft – Frauenpolitik gestern, heute, morgen“ findet am 13. April 2021 erstmals digital statt.

Über eine Online-Kongressplattform sind die 350 Delegierten aus den dbb Mitgliedsgewerkschaften am 13. April 2021 ab 9:00 Uhr zugeschaltet, um die Weichen für die künftige frauenpolitische Arbeit im dbb zu stellen. Neben der Wahl einer neuen Geschäftsführung stimmen die Delegierten über 307 Anträge und zehn Leitanträge ab.

Anschließend werden im Rahmen einer Podiumsdiskussion aktuelle Themen der Frauen- und Familienpolitik mit Abgeordneten der Bundestagsfraktionen, einem Vertreter des Deutschen Städte- und Gemeindebunds sowie der

neu gewählten Vorsitzenden der dbb bundesfrauenvertretung erörtert. Abschließend wird sich der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach in einem gemeinsamen Schlusswort mit der neuen Vorsitzenden an die Teilnehmenden wenden.

Auf [dbb-frauen.de](https://www.dbb-frauen.de) wird tagesaktuell über die Wahlergebnisse und die Beratungen berichtet. Die öffentliche Veranstaltung, die um 15:30 Uhr beginnt, kann zudem auf der Homepage und auf [Facebook](https://www.facebook.com/dbb.frauen) im Livestream verfolgt werden.

dbb senioren

Tag der älteren Generation: Zusammenhalt braucht flexible Zukunftskonzepte

Am „Tag der älteren Generation“ hat der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung Horst Günther Klitzing an die soziale Bedeutung des Zusammenhalts der Generationen erinnert.

„Jede Generation braucht auch die anderen Altersgruppen. Das spüren die Menschen besonders in Krisenzeiten“, sagte Klitzing am 7. April 2021 in Berlin. Besonders deutlich geworden sei das in Anbetracht der gesellschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie: „Seniorinnen und Senioren haben hier nicht nur den Kontakt zu Angehörigen und Freunden vermisst. Ebenso hat der Wegfall der Kinderbetreuung

durch die Großeltern viele Eltern vor kaum lösbare Probleme gestellt.“ Daher sei es besonders wichtig, dass die ältere Generation nicht nur unter dem Betreuungsaspekt wahrgenommen werde, wenn es im hohen Alter etwa zur Pflegebedürftigkeit komme: „Seniorinnen und Senioren sind leistungsfähig, sie wollen gebraucht werden und ihren gesellschaftlichen Beitrag gemäß ihrer individuellen Möglichkeiten leisten.“

Klitzing forderte die Politik auf, diesem Aspekt auch in Bezug auf ehrenamtliche Tätigkeiten und Arbeitsmarktpolitik für ältere Menschen mehr Rechnung zu tragen: „Wenn viele Menschen immer älter werden und dabei länger gesund bleiben, müssen sich politische Rahmenbedingungen an die veränderten Bedürfnisse anpassen.“ Nicht alle wollten zum Beispiel mit spätestens 67 die Füße hochlegen, während andere aufgrund hoher Belastung im Beruf früher in Rente oder Pension möchten.

„Von flexibleren, individuell anpassbaren Konzepten für Arbeit und Engagement im Alter wird letztlich die ganze Gesellschaft profitieren“, betonte Klitzing.

Der Tag der älteren Generation wurde 1968 durch die Kasseler Lebensabendbewegung (LAB) ins Leben gerufen. Seitdem wird an jedem ersten Mittwoch im April durch Aktionen und Veröffentlichungen auf die Rolle der Seniorinnen und Senioren in der Gesellschaft aufmerksam gemacht.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Berlin

Becker: Senat verbreitet Chaos im öffentlichen Dienst

Der Vorsitzende des dbb berlin, Frank Becker, hat die Landesregierung scharf angegriffen. Der Senat versage als Dienstherr und Arbeitgeber bei der Umsetzung der Corona-Politik, es fehlten klare Entscheidungen und verbindliche Vorgaben für die Dienststellen.

„Dieses Chaos ist ja nicht mehr auszuhalten“, empörte sich Becker am 1. April 2021. „Die Beschäftigten sind verunsichert, genervt und mittlerweile restlos bedient von den widersprüchlichen Anweisungen, unklaren Vorgaben und realitätsfernen Bestimmungen.“ Beispielsweise hätten eindeutige Regelungen für den Beschluss des Senats gefehlt, den Dienstbetrieb am Gründonnerstag auf das allernotwendigste herunterzufahren. Stattdessen seien die Betroffenen im Vorfeld täglich mit widersprüchlichen Rundschreiben über die Konsequenzen dieser Freistellung bombardiert worden. Selbst die Dienststellenleitungen seien mit den Vorgaben aus den unterschiedlichen Verordnungen und Rundschreiben der Senatsverwaltung für Finanzen überfordert gewesen und hätten diese, so heißt es aus den Kreisen der Personalräte, schlicht als „Empfehlungen“ angesehen. „Kein Wunder – ist es ihnen doch weder möglich Impfangebote für die Beschäftigten, wie die Impfschutzverordnung sie vorsieht, zu

unterbreiten, noch verfügen sie über fachkundige Personen, die die verordneten Testungen in den Dienststellen vornehmen könnten“, erklärte Becker.

Besonders gebeutelt seien immer wieder die Personalräte: Wenn sie – für gewöhnlich mit mehr als fünf Personen – in geschlossenen Räumen zusammentreten, werde alle Teilnehmenden ein tagesaktueller negativer Corona-Test abverlangt. „Gar nicht so einfach bei den wenigen Teststellen für knapp 3,8 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner in Berlin, die selbst für den Einkauf im kleinen Blumenladen an den Teststellen Schlange stehen müssen“, so der dbb Landeschef. „Zwar hat das Parlament nach massivem Drängen des dbb berlin Videokonferenzen für Personalratssitzungen zugelassen, der Beschluss ist aber noch nicht rechtskräftig. Und selbst wenn er demnächst in Kraft tritt, ist damit noch lange nicht für notwendige technische Ausstattung gesorgt.“

Bremen

Fachkräftemangel bei Polizei und an Schulen

Die Fachgewerkschaften im dbb bremen sehen wegen des Personalmangels bei Polizei und Schulen der Hansestadt dringenden Handlungsbedarf.

So habe die Landesregierung „mit der Novellierung des Polizeigesetzes eine Kette zusätzlicher Aufgaben geschaffen, die durch die Poli-

zei mit dem vorhandenen Personal nicht bewältigt werden können“, erklärte Jörn Schulze, Vorsitzender der Deutsche Polizeigewerk-

schaft in Bremen. In der Folge seien viele Stellen für Kontaktpolizistinnen und -polizisten unbesetzt.

Laut Bildungsbehörde sind derzeit auch in den Schulen 62 von 4871 Vollzeitstellen nicht mit voll ausgebildeten Lehrkräften besetzt. Der entsprechende Unterricht wird überwiegend durch Lehramtsstudierende erteilt, die über den Verein „Stadtteilschule“ eingestellt werden.

Der Personalrat Schulen geht sogar davon aus, dass in Bremen rund 200 Stellen für voll ausgebildete Lehrkräfte fehlen. Dem Lehrkräftemangel begegnet Bremen durch eine bessere Bezahlung an Grundschulen und in der Sekundarstufe I (ab Sommer Besoldungsstufe A13, bisher A12 plus monatliche Zulage). Eine Erhöhung der Besoldung der Gymnasial- und Berufsschullehrkräfte ist jedoch nicht geplant.

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

Akzeptanz für Corona-Regeln schwindet – Polizeieinsätze werden gefährlicher

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) rechnet mit schwierigeren und gefährlicheren Polizeieinsätzen, weil die Akzeptanz der Corona-Regeln in der Bevölkerung zunehmend schwindet.

Der DPoIG-Vorsitzende Rainer Wendt sagte der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (Ausgabe vom 1. April 2021): „Die Stimmung heizt sich auf. Die Leute werden immer nervöser und aggressiver.“ Immer häufiger würden Menschen Maskenpflicht und Abstandsregeln ignorieren und sich gegenüber Polizeikräften, die die Einhaltung der Vorschriften kontrollieren und durchsetzen wollten, aggressiv verhalten. „Viele nehmen keine Weisungen der Polizei mehr an“, sagte Wendt. Randalen und Pöbeleien bis hin zu Gewaltausbrüchen seien inzwischen an der Tagesordnung: „Da werden Polizeibeamte angespuckt, beleidigt und getreten.“

Vor allem bei den Teilnehmenden von Demonstrationen gegen die Anti-Corona-Auflagen sei die Grundstimmung aggressiv und richte sich teilweise gegen die Polizei als diejenige Institution, die die beschlossenen Regeln durchsetzen müsse. Wendt sagte: „Diese Lage ist sehr schwierig, weil manche Menschen fest daran glauben, dass es ein ‚Recht auf Widerstand‘ gegen die Polizei gibt, das eine Befolgung polizeilicher Anordnungen ausschließt.“ Zudem müsse die Polizei neue Auflagen wie etwa Ausgangssperren überwachen: „Das ist aber nur stichprobenartig mit Kontrollen möglich.“

Mit Blick auf Polizeieinsätze bei Anti-Corona-Protesten appellierte Wendt an die Politik, die Lage nicht unnötig zu verschärfen: „Die Attacken aus den Parteizentralen der Politik auf die Polizei haben in der Vergangenheit die Stimmung gefährlich angeheizt. Wenn sich Politiker gleich reihenweise zu Einsatzleitern der Polizei aufschwingen und sich in taktische Einsatzverläufe einmischen, wird der Bogen deutlich überspannt.“ Richtig gefährlich für die Polizei werde es dann, wenn sich beißende Kritik an der Einsatzführung sogar noch während des laufenden Einsatzes in den sozialen Netzwerken ergieße: „Denn dadurch fühlen sich Gewalttäter geradezu ermuntert, gegen die Polizistinnen und Polizisten vorzugehen.“

Der Chef der DPoIG kritisierte zudem die Corona-Politik der Bundesregierung: „Ein wirkliches Krisenmanagement an der politischen Spitze unseres Landes ist derzeit nicht erkennbar.“ Die Diskussion drehe sich permanent ausschließlich darum, was als nächstes verboten oder wieder erlaubt werden könnte: „Das hilft den Menschen wenig.“ Stattdessen sei ein ständiger Führungsstab aus Expertinnen und Experten von Bund und Ländern nötig, der rund um die Ministerpräsidentenkonferenz alle Aspekte der Pandemiebekämpfung ganzheitlich betrachtet und beratend tätig ist.

Verband Bildung und Erziehung (VBE) **Gesundheitsfachkräfte an Schulen sollen Bildung und Gesundheit fördern**

Anlässlich des Weltgesundheitstages am 7. April 2021 hat der VBE erneut den Einsatz von Schulgesundheitsfachkräfte gefordert.

„Das Motto des diesjährigen Weltgesundheitstages ‚Gesundheitliche Chancengleichheit‘ legt den Finger in die Wunde: Bildung und Gesundheit sind in Deutschland zwar Grundrechte, insbesondere sozio-ökonomisch benachteiligte Kinder und Jugendliche sind aber hierzulande in beidem immer noch stark benachteiligt – und das in einem so reichen Land wie der Bundesrepublik“, kritisierte der VBE Bundesvorsitzende Udo Beckmann. „Ein zentraler und elementar wichtiger Faktor für die Prävention und den Gesundheitsschutz aller Kinder und Jugendliche sind Schulgesundheitsfachkräfte. Bereits im März 2017 forderte der VBE gemeinsam mit dem Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ) die Ausbildung und den zeitnahen, bedarfsgerechten und flächendeckenden Einsatz von Schulgesundheitsfachkräften und hatte dazu alle Gesundheits- und Kultusministerien angeschrieben.“

Die Chance auf eine Umsetzung sei aber von der Politik bislang vertan worden und falle allen Beteiligten in der aktuellen Corona-Pandemie

doppelt auf die Füße. Beckmann: „Als Teil von multiprofessionellen Teams können Schulgesundheitsfachkräfte einen wertvollen Beitrag für mehr Gesundheits- aber auch Bildungsgerechtigkeit leisten, indem sie Lehrkräfte, die für solche Aufgaben nicht ausgebildet sind, entlasten. Erkenntnisse aus anderen Ländern sowie aus Modellprojekten in Deutschland belegen verschiedene positive Effekte eindrücklich.“

Mit Blick auf die aktuelle Corona-Pandemie stellt der VBE Chef fest: „Es wäre ein Segen, hätte die Politik ihre Verantwortung wahrgenommen. Dann könnten multiprofessionelle Teams unter Einbindung von Schulgesundheitsfachkräften jetzt zum Beispiel die so dringend benötigte fachkundige Unterstützung bei der Umsetzung des Infektionsschutzes an Schule leisten, Testungen durchführen und Schülerinnen und Schüler als auch Lehrkräfte in dieser auch für die Psyche herausfordernden Zeit gezielt unterstützen. Es ist glasklar: Die Politik muss aus der aktuellen Situation lernen und hier schnellstmöglich tätig werden.“

Deutscher Philologenverband (DPPhV) **Voraussetzungen für sichere Abiturprüfungen schaffen**

Der DPPhV setzt sich für die Durchführung regulärer Abiturprüfungen auch unter den Bedingungen der Corona-Pandemie ein.

Gut organisierte Kontaktarmut gehöre – anders als für den Präsenzunterricht – seit jeher zu den Vorbereitungen jeder Abiturprüfung. DPPhV Chefin Susanne Lin-Klitzing: „Für einen guten Infektionsschutz bei den Prüfungen brauchen wir jedoch in der Corona-Zeit zusätzlich ausreichend Schnelltests für alle an den Prüfungen Beteiligten für jeden Tag. Schüler und Lehrkräfte sitzen während der Klausuren ohne Unterbrechung stundenlang im selben Raum. Wir brauchen ebenso kluge und klare Aussagen zur Pflicht oder Freiwilligkeit von Tests vor Prüfungen und vor dem Unterricht.“ Ein solider Infektionsschutz umfasse neben Schnelltests für jeden an jedem Prüfungstag auch Impfangebote für die unterrichtenden und prüfenden Lehrkräfte und die Einhaltung der AHA+L-Regeln für alle im Schulgebäude.

Die Kultusminister forderte der DPPhV auf, vorausschauend rechtlich geprüfte Regelungen für Schnelltests als Pflicht- oder Wahloption für den zukünftigen Unterricht festzulegen. „Vor weiterem Präsenz-Unterricht muss geklärt sein, ob die Tests verpflichtend sind. Dann erwarten wir eine entsprechend sichere Organisation der Testungen und ausreichend Tests für alle Beteiligten. Wenn die Tests freiwillig stattfinden sollen, können getestete und nicht-getestete Schüler anschließend nicht gemeinsam im Klassenzimmer sitzen. Das hat Konsequenzen, denn damit wird der Präsenzunterricht mindestens bis zu den Sommerferien zur Wahloption“, so Lin-Klitzing. Das wolle der Philologenverband nicht.

„Bei den Testungen geht es also nicht nur um eine Infektionsschutz-Maßnahme neben ande-

ren, sondern die Kultusminister müssen Entscheidungen unter sorgfältigem Bedenken auch der pädagogischen Konsequenzen eines Pflicht- oder Wahl-Modells von Testungen treffen

und diese klar kommunizieren. Die sich daraus ergebenden Probleme dürfen nicht zur Lösung den Schulen überlassen werden“, erklärt die Bundesvorsitzende.

Deutschen Realschullehrerverbands (VDR) **Corona: Konsequentes Handeln an Schulen gefordert**

„Die Verantwortlichen erkennen endlich die prekäre Gefährdungssituation an den Schulen in Deutschland“, sagte der VDR Bundesvorsitzende und dbb Vize Jürgen Böhm und mahnte ein konsequentes, einheitliches Handeln an den Schulen an.

Wichtig sei es jetzt, die Stufenpläne konsequent umzusetzen und die 7-Tage-Inzidenz von 100 nicht aus den Augen zu verlieren. Über dieser Marke könnten Schülerinnen und Schüler nur im Distanzunterricht beschult werden. Darunter sei ab einer Inzidenz von 50 Wechselunterricht nur in geteilten Klassen möglich.

„Auch die seit Wochen und Monaten geforderte konsequente Teststrategie wird mittlerweile von allen Bundesländern als maßgeblich und bedeutend in der Bekämpfung der Pandemie anerkannt. Allerdings ist es nach wie vor absolut unsinnig, die Schülerinnen und Schüler mit überfüllten Bussen und öffentlichen Verkehrsmitteln in die Schulen zu karren, dort die massiv erhöhte Infektionsgefahr in Kauf zu nehmen, freiwillige Tests im Klassenzimmer mit abgenommenen Masken angesichts einer

höchstansteckenden Mutation des Virus durchzuführen, um dann erst die positiv Getesteten zu isolieren und abholen zu lassen“, so Böhm. Die Tests müssten zuverlässig und verbindlich zu Hause oder von Fachpersonal abseits der Schulen durchgeführt werden.

Mit Auftreten der nun überwiegend auftretenden Mutationen, die bei weiterem Voranschreiten womöglich eine Impfesistenz hervorriefen, sei neben den Tests ein sofortiges Impfangebot für alle Lehrkräfte unbedingt notwendig. „Bereits seit Februar haben wir vehement gefordert, das gesamte Lehrpersonal an den Schulen umgehend zu impfen“, so der VDR Chef. Bisher habe es die Politik allerdings nicht geschafft, Impfstoffdosen in ausreichender Anzahl zu beschaffen. Dieser Zustand sei verheerend und nicht mehr hinnehmbar.

Namen und Nachrichten

Die schwierige Redaktion zur Umsetzung der Tarifeinigung der Einkommensrunde 2020 mit Bund und Kommunen wurde mittlerweile beendet. Neben anderen Themen war vor allem das Thema „Entgeltumwandlung zum Fahrrad-Leasing“ noch lange kontrovers diskutiert. Damit die Kolleginnen und Kollegen nun ganz praktisch der Überlegung näher treten können, ob die Option Jobrad für sie in Frage kommt, hat der **dbb** in seiner Reihe der Tarifflyer ein entsprechendes Info in digitaler Form herausgegeben. Im [Flyer \(PDF\)](#) werden die wichtigsten Fragen zum Thema kurz und verständlich beantwortet. Detailliertere Informationen können auch im Tarifvertrag Fahrradleasing nachgelesen werden.

Die **Kommunikationsgewerkschaft DPV** (DPVKOM) hat eine Umfrage unter den Beschäftigten der Deutschen Post gestartet, wie die Gewerkschaft am 8. April 2021 mitteilte. „Die Corona-Pandemie hat alles das, was bisher als selbstverständlich angesehen wurde, in Frage gestellt. Das Arbeiten und das Leben von Millionen Menschen hierzulande hat sich gewandelt. Seit gut einem Jahr arbeitest auch Du als Beschäftigter der Deutschen Post unter erschwerten Bedingungen. Deine Arbeitsabläufe haben sich grundlegend geändert und Deine Arbeitsbelastung hat noch einmal zugenommen. Viele Probleme bei der Arbeit, mit denen Du vorher schon zu kämpfen hattest, haben sich vor dem Hintergrund der Corona-

Pandemie verstärkt. Mit einer Umfrage zu aktuellen Themen aus dem Bereich der Deutschen Post möchten wir nun von Dir wissen, was Dich belastet, und wie wir als DPVKOM mit unseren Betriebsräten helfen können, Dir

die Arbeit zu erleichtern“, hieß es dazu von der DPVKOM. Die Umfrage mit den zehn Fragen gibt es hier: www.surveymonkey.de/r/JQ9YC6N.

Termine:

13. April 2021

12. dbb bundesfrauenkongress
„Zurück in die Zukunft – Frauenpolitik gestern, heute, morgen“

14. April 2021

14:30 bis 15:30 Uhr
dbb dialog (digital) - Bildung im Digitalen Zeitalter

3. Mai 2021

16:00 – 17:30 Uhr
dbb dialog (digital) - "Konferenz über die Zukunft Europas"